

Bestandsaufnahmen des deutschen Parteiensystems: verlässlich, aber ergänzungsbedürftig

Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, 222 Seiten, € 19,90.

Jesse, Eckhard und Eckart Klein (Hrsg.): Das Parteienspektrum im wiedervereinigten Deutschland, Duncker & Humblot, Berlin 2007, 199 Seiten, € 86,-.

Die Bundestagswahl 2005 markiert in der Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems einen tiefen Einschnitt. Durch die Fusion der westdeutschen SPD-Abspaltung „Wahl-alternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ mit der in den alten Bundesländern bis dato erfolglosen postkommunistischen PDS hat sich das nach der deutschen Einheit herausgebildete Viereinhalbparteiensystem in ein Fünfparteiensystem verwandelt. Die Wahrscheinlichkeit einer Regierungsbildung nach dem vertrauten Muster einer (kleinen) Zweier-Koalition ist dadurch auf der Bundesebene drastisch geschrumpft. Wie wenig die politischen Akteure mit dieser neuen Konstellation anzufangen wussten, zeigte sich am Wahlabend des 18. September 2005, als das Unmögliche plötzlich möglich sein sollte: von neuen Dreierbündnissen über lediglich geduldete Minderheitsregierungen bis hin zum israelischen Modell einer rotierenden Kanzlerschaft. Mit dem Übermut war es dann aber schnell vorüber. Union und SPD erkannten, dass es zur ungeliebten Großen Koalition diesmal keine Alternative geben würde. Nach einer sich über zwei Monate hinziehenden Inkubationszeit, die von drei spektakulären Rückzügen beziehungsweise Rücktritten (*Gerhard Schröder, Franz Müntefering* und *Edmund Stoiber*) begleitet wurde, konnte die schwarz-rote Regierung am 22. November 2005 an den Start gehen.

Die beiden hier anzuseigenden Publikationen nehmen eine Bestandsaufnahme der Parteiensystementwicklung in der Bundesrepublik vor, deren gemeinsamer Ausgangspunkt die durch die Bundestagswahl 2005 eingetretene Zäsur ist. Der von *Eckhard Jesse* und *Eckart Klein* besorgte Band reicht dabei in der Betrachtung bis zur staatlichen Vereinigung 1990 zurück, während *Oskar Niedermayer* und seine Autoren sich ganz auf die Entwicklung im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 konzentrieren. *Niedermayer* begründet mit dem Band inzwischen eine kleine Tradition, nachdem identisch aufgebaute Veröffentlichungen von ihm bereits zur Bundestagswahl 1998 und 2002 erschienen waren. So wie die Einleitung des Herausgebers zum neuen „fluiden“ Fünfparteiensystem nahtlos an die Beiträge in den vorausgegangenen Bänden anknüpft, so gilt das auch für die Aufsätze zu den einzelnen Parteien, die zum Teil von denselben Autoren verfasst wurden. Positiv zu vermerken ist eine thematische Erweiterung: Nachdem die Unionsparteien zuvor gemeinsam abgehandelt wurden, ist jetzt ein von *Andreas Kießling* verfasster Beitrag zur CSU hinzugestoßen. Damit wird nicht nur Gelegenheit gegeben, die Umstände des Endes der Ära *Stoiber* näher zu beleuchten, die mit dessen Rückzieher vom Berliner Ministeramt zentral verknüpft sind; es rückt auch ins Bewusstsein, dass es sich bei der derzeitigen Großen Koalition um eine Koalition von drei Parteien handelt. Im Regierungsprozess zeigt sich das zum Beispiel darin, dass die kleinere Unionsschwester in allen wichtigen Fragen über ein faktisches Vetorecht verfügt.

Der Kürze der einzelnen Beiträge ist es geschuldet, dass man über die Vorgeschichte der vorgezogenen Bundestagswahl wenig erfährt. Inhalt und innerparteiliche Tragweite des von *Schröder* vollzogenen Kurswechsels in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik werden in dem von *Ulrich von Alemann* und *Tim Spier* verfassten Beitrag über die SPD nur kuriosisch be-

handelt, und auch auf die institutionellen Umstände der Vertrauensfrage (einschließlich der Unionsübermacht im Bundesrat) wird kaum Bezug genommen. Verwunderlich ist, dass *Josef Schmid* die kapitalen Fehler der CDU völlig ausblendet, die der Partei in der Wahlkampfführung und -strategie unterlaufen sind. Wenn die Union schon selbst nicht in der Lage war, diese aufzuarbeiten, so hätte man doch gern aus wissenschaftlicher Sicht hierzu etwas erfahren. Sehr ungleichgewichtig fallen die Darstellungen der nach der Bundestagswahl eingetretenen Entwicklung und der Ausblick auf die Zukunft aus. Während *Kießling*, *Melanie Haas* (über die Grünen) sowie *Gero Neugebauer* und *Richard Stöss* (über die Linke) beides gebührend berücksichtigen, begnügen sich *Alemany* und *Spier*, *Schmid* und *Hans Vorländer* (über die FDP) hier mit wenigen Hinweisen.

Dort, wo die Autoren Prognosen wagen, ist es natürlich interessant, diese mit der zwischenzeitlich (nach den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg) eingetretenen Entwicklung abzulegen. Während Herausgeber *Niedermayer* sich hier bedeckt hält, indem er neue Koalitionen zwar voraussagt, aber nicht andeutet welche, sehen *Alemany* und *Spier* bei den Koalitionsoptionen die Sozialdemokraten gegenüber der Union strategisch im Vorteil. *Haas* sagt dagegen einen weiteren Annäherungsprozess von Union und Grünen voraus, womit CDU und CSU ihre Führungsrolle auch in einer Dreier-Koalition bewahren könnten. Nach dem missglückten Öffnungsversuch der SPD zur Linken in Hessen und der gleichzeitig in Hamburg gelungenen erstmaligen Bildung einer schwarz-grünen Koalition auf Landesebene, dürfte das zweite Szenario heute das wahrscheinlichere sein. Dies gilt umso mehr, als sich die FDP bisher allen Anwerbungsversuchen der SPD für ein Ampelbündnis verweigert hat.

Eine andere Frage lautet, ob sich das Fünfparteiensystem durch das Erstarken des Rechtsextremismus mittelfristig noch weiter zersplittern und in ein Sechsparteiensystem verwandeln könnte, wie es in einigen ostdeutschen Bundesländern heute schon der Fall ist. Mit Blick auf die ungünstigen Angebots- und Gelegenheitsstrukturen der NPD, die sich inzwischen im rechten Lager als eindeutige Nummer eins durchgesetzt hat, hält *Eckhard Jesse* das nach wie vor für unwahrscheinlich. Die Gründe für die Erfolge der NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sind laut *Jesse* eher „situativer“ Natur, das heißt einer fluktuierenden Proteststimmung geschuldet, auch wenn es gewisse Anzeichen einer sozialstrukturellen Verankerung gebe.

Der von *Jesse* und *Klein* herausgegebene Band ist in seiner Konzeption weniger geschlossen, was ihn als typischen Kongressband ausweist (der aus der Jahrestagung der „Gesellschaft für Deutschlandforschung“ hervorgegangen ist). Dies hat den Vorteil, dass über die politikwissenschaftliche Betrachtungsweise hinaus auch verfassungsrechtliche und historische Fragestellungen verfolgt werden. Letzteres gilt zum Beispiel für den von *Peter März* beigesteuerten umfangreichen Text zur Geschichte der Großen Koalitionen in Deutschland, der sich dankenswerterweise nicht auf den üblichen Vergleich der heutigen mit der ersten Großen Koalition (1966 bis 1969) beschränkt, sondern auch die Weimarer Zeit berücksichtigt.

Die politologischen Beiträge verfolgen übergreifende Fragestellungen, beschäftigen sich also weniger mit den Parteien im Einzelnen (wie in dem Band von *Niedermayer*). *Nikolaus Werz* und *Florian Hartleb* liefern sehr konzise Überblicke zur Entwicklung des Parteiensystems in den ost- und westdeutschen Ländern, die eine wertvolle Ergänzung zur gesamtdeutschen Perspektive von *Niedermayer* darstellen. *Gerd Strohmeier* befasst sich mit moderner Wahlkampfführung, und *Eckhard Jesse* behandelt mit der Praxis der Koalitionsaussagen ein Thema, das merkwürdigerweise empirisch bislang wenig beachtet worden ist. Seine Un-

tersuchung für die Bundesebene müsste dringend um entsprechende Analysen der Koalitionen in den Ländern ergänzt werden. *Jesse* hält an der – aus normativer Sicht sympathischen – Forderung fest, dass die Parteien ihre Bündnisabsichten vor den Wahlen klar offenlegen sollten. Die Frage bleibt aber, ob sich das in einem Vielparteiensystem mit multiplen Koalitionsmöglichkeiten aus strategischen Gründen nicht verbietet. Hier könnte der Vergleich mit anderen europäischen Ländern Aufschluss geben, in denen man sich an den Umgang mit flexiblen Koalitionen gewöhnt hat (Benelux, Skandinavien).

Letzteres verweist auf eine gewisse Schwäche des Bandes, der die institutionellen Folgen des Parteiensystemwandels nämlich trotz seiner großen thematischen Bandbreite nur äußerst selektiv behandelt. Symptomatisch dafür sind die beiden einleitenden Beiträge von *Marten Breuer* und *Hans Hugo Klein*, die sich mit Detailproblemen des bundesdeutschen Wahlrechts befassen (getrennte Geltung der Sperrklausel für Ost- und Westdeutschland bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990, Überhangmandate, Grundmandatsklausel), statt der grundsätzlichen Frage nachzugehen, ob und gegebenenfalls in welcher Form der Zersplitterung des Parteiensystems und den Oligarchisierungstendenzen der Parteidemokratie durch einen generellen Systemwechsel begegnet werden sollte (wie dies zum Beispiel Altbundespräsident *Roman Herzog* unlängst gefordert hat). Der Beitrag von *Hans Herbert von Arnim* bleibt hier in seiner übertriebenen Selbstreferentialität ebenfalls recht unbefriedigend, auch wenn er zumindest Teilaufgaben liefert.

Mindestens so wichtig wie eine Reform der Abgeordnetenentschädigung und eine Stärkung der personellen Auswahlmöglichkeiten des Wählers dürften folgende durch die Pluralisierung der Parteiengesellschaft aufgeworfene Fragen sein: Sind neue formelle oder informelle Regeln der Regierungsbildung erforderlich? Sollten Minderheitsregierungen zugelassen werden? Braucht es direktdemokratischen Ersatz, wenn der unmittelbare Einfluss der Wählerentscheidung auf die Regierungsbildung zurückgeht? Müssen die Parteien durch die Einführung von Urwahlen und Mitgliederentscheiden mehr Demokratie in den eigenen Reihen wagen?¹ Die Bände von *Niedermayer* sowie *Jesse* und *Klein* haben diese Probleme noch weitgehend ausgespart; künftige Bestandsaufnahmen werden sich ihnen widmen müssen.

Frank Decker

1 Vgl. dazu *Frank Decker*, Veränderte Landschaft. Parteipolitik zwischen Lagerdenken und neuen Koalitionen, in: MUT. Forum für Kultur, Politik und Geschichte, Nr. 490 (Juni 2008), S. 10 – 19.

Neue Abhandlungen zur NPD: kompetenter Einstieg, analytischer Tiefgang

Bergsdorf, Harald: Die neue NPD. Antidemokraten im Aufwind, Olzog Verlag, München 2007, 160 Seiten, € 14,-.

Backes, Uwe und Henrik Steglich (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007, 426 Seiten, € 49,-.

Die sozialwissenschaftliche Debatte über den parteipolitischen Extremismus hat sich in den letzten Jahren wieder intensiviert. Insbesondere durch die Erfolge der rechtsextremen Parteien in den neuen Bundesländern ist die Aufmerksamkeit für antidemokratische Gruppie-